

<b>CDU-Fraktion</b> ( Anfrage Nr. 15-0472/2015 )
---

Eingereicht am 26.02.2015 um 10:22 Uhr.

---

**Flüchtlingswohnheim Zweibrückener Straße in Kirchrode**

Freiwillige Helfer sowie Bewohner des Heims beklagen, dass der Betrieb in letzter Zeit nicht gut läuft. Es gibt demnach keine Kontinuität in der Betreuung der Bewohner. Ständig wechselnde Mitarbeiter ohne eine entsprechende Berufserfahrung und Einarbeitung sollen völlig überfordert sein. Flüchtlinge beklagen sich bei den Freiwilligen, dass es teilweise nicht gelingt, ihnen zu vermitteln, worum es in Behördenschreiben geht.

In den letzten vier Monaten wurden die Bewohner und Neuankömmlinge ausschließlich durch Spenden mit Bettwäsche, Handtüchern und Kochutensilien etc. ausgestattet. Auch saubere Bettdecken und Kopfkissen erhielten sie durch Spenden.

Mehrfach sind gespendete Gegenstände/Wäsche aus eigentlich verschlossenen Räumen verschwunden. Die ehrenamtlich Tätigen möchten die ihnen anvertrauten Güter an tatsächlich Bedürftige geben. Sie greifen regelmäßig auf ihre privaten Netzwerke wie Kirchen und Freundeskreise zurück und möchten eine Veruntreuung dieser Güter unterbinden. Auch im Bereich der Waschmaschinen gibt es nach ihren Aussagen keine ausreichende Kontrolle, mehrfach wurde Wäsche aus Trocknern gestohlen.

Mehrere Fensterscheiben sind seit Monaten zerbrochen und teilweise mit Zeitungspapier zugeklebt, Gardinen hängen herunter, die Räume sind z. T. sehr schmutzig. Ehrenamtliche, die regelmäßig in der Unterkunft sind, stellen oftmals fest, dass eine Heimleitung nicht anwesend ist.

Die Begründung von Frau Hendricks, dass die Verträge mit den Mitarbeitern immer nur für ein halbes Jahr abgeschlossen werden könnten, da die Weiterführung der Unterkunft nur jeweils für ein halbes Jahr gesichert sei, kann so nicht akzeptiert werden, denn gerade in letzter Zeit sollen Mitarbeiter bereits nach wenigen Wochen noch innerhalb der Probezeit kündigen.

**Wir fragen daher die Verwaltung:**

1. Sind der Verwaltung diese Zustände bekannt und wenn ja, seit wann?
2. Welche Gegenmaßnahmen wird die Verwaltung treffen, um diese Zustände zu beheben und wann?

18.62.06  
Hannover / 26.02.2015